

| | | |
|------------------------------------|--|---------------|
| Sitzungsvorlage | Vorlage- Nr: VO/2016/0322-51 | |
| Federführend: 51 Stadtjugendamt | Status: öffentlich | |
| Beteiligt: | Aktenzeichen: Datum: 20.06.2016 Referent: Haupt Ralf | |
| uM Sachstandsbericht | | |
| Beratungsfolge: | | |
| Datum | Gremium | Zuständigkeit |
| 20.07.2016 | Jugendhilfeausschuss | Kenntnisnahme |

I. Sitzungsvortrag:

Am 25. Februar fand eine Dienstbesprechung bei der Regierung von Oberfranken statt, in der über monatliche Neuzugänge in Bayern im Januar und Februar 2016 von 1.200 umA (Verdreifachung zum Vorjahreszeitraum) berichtet wurde. 800-900 dieser jungen Menschen wurden zeitnah bundesweit verteilt.

Im gesamten März 2016 kamen dann insgesamt nur noch 220 umA in Bayern an und wurden bundesweit verteilt. Diese Entwicklung steht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Zusammenhang mit der Schließung der sog. „Balkanroute“. Gleichzeitig war und ist damit zu rechnen, dass in den Sommermonaten wieder verstärkt die äußerst gefährliche Flucht über das Mittelmeer stattfinden wird.

Nachdem der Freistaat Bayern sich noch im Stadium der sogenannten „Quotenüberschreitung“ (Königssteiner Schlüssel) befindet, werden seit November 2015 lediglich **bayerninterne** Umverteilungen vorgenommen, um Jugendliche, die noch in bayerischen Notunterkünften leben, in bedarfsgerechten Jugendhilfeeinrichtungen unterzubringen.

Die nicht unerheblichen Schwankungen, was den Bedarf an Betreuungs-, aber auch Schulplätzen, z.B. in Berufsschulen anbetrifft, erfordern Flexibilität und eine gewisse Risikobereitschaft, um die von den Jugendhilfeträgern, den Volkshochschulen und den Schulen geschaffene Infrastruktur nicht leichtfertig zu gefährden.

Zusammen mit der in der Januar-Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausgeführten Thematik der „Familienzusammenführung“ nach Bamberg war es uns **bislang** möglich, eine quantitativ gleichbleibende Auslastung unseres Platzbestandes zu regeln.

Zunehmend unkalkulierbar gestalten sich die „Hilferufe“ aus der **Aufnahme- und Rückführungseinrichtung**, wenn sich beispielsweise Minderjährige in Begleitung von nicht sorgeberechtigten Verwandten dort aufhalten und diese keinen Asylantrag für den Minderjährigen stellen können. Auch war bereits mehrmals die Situation, dass Eltern in Abschiebehaf genommen wurden und die minderjährigen Kinder vorübergehend in Obhut genommen werden mussten, bzw. dass Eltern mit den jüngeren Kindern der Familie verschwunden sind und die älteren Kinder alleine zurückgelassen haben.

Ebenso arbeitsaufwändig sind die immer wieder auftretenden Fälle, in denen Minderjährige in Begleitung ihrer gerade volljährigen Geschwister oder Cousins in Gemeinschaftsunterkünften angetroffen werden. Eine ebenfalls schwierige Aufgabe stellen junge **Eheleute** dar, von denen in der Regel die junge

Frau noch **minderjährig** und die Ehe im Herkunftsland nur vor einem Geistlichen nach Sharia-Recht geschlossen wurde (siehe Anlagen).

Aktuell leben in der Zuständigkeit der Stadt Bamberg 106 Minderjährige und junge Volljährige (davon 98 in der Jugendhilfe und 8 Betreuungsfälle; Stand 09.06.16), letztere mit noch stationärem beziehungsweise ambulantem Jugendhilfebedarf.

In der 1. Jahreshälfte 2016 erreichten 24 junge Menschen die **Volljährigkeit**, in der 2. Jahreshälfte sind es noch 8. Derzeit befinden sich von insgesamt 49 über 18-Jährigen 9 in Ausbildung/bzw. Arbeit, 4 in weiterführenden Schulen, bzw. 32 besuchen die Berufsschulen und 4 Sprachkurse der VHS und der AWO. Für mindestens 20, der bis zum Jahresende schon volljährig werdenden bzw. über 18-jährigen, jungen Erwachsenen besteht spätestens bis Jahresende der Bedarf nach Wohnraum außerhalb der stationären Jugendhilfe. Ein Umzug in eine Gemeinschaftsunterkunft ist nur für die jungen Menschen möglich, die noch nicht als Flüchtling anerkannt sind, allerdings ist der Weg nicht immer zielführend. Den jungen Volljährigen, die als Flüchtling anerkannt sind, droht nach einem Ausscheiden aus der Jugendhilfe die Obdachlosigkeit.

Weitere menschlich unglückliche Fälle sind der eines jungen Albaners, der aktuell die Wirtschaftsschule besucht und in den nächsten Wochen nach 2-jährigem Aufenthalt in der Jugendhilfe wahrscheinlich ausreisen muss, sowie der eines Auszubildenden aus Eritrea, der nicht die erforderlichen Dokumente aus seinem Heimatland hat und nicht beibringen kann, um den vom Ausbildungsbetrieb erwünschten Führerschein machen zu dürfen.

Immer wieder sind wir auch mit Jugendlichen konfrontiert, die die Regeln und Strukturen der Jugendhilfe nicht akzeptieren und in Einzelfällen durch Gewaltbereitschaft oder absolute Verweigerung wegen Untragbarkeit aus der stationären Jugendhilfe entlassen werden müssen.

Zu Delikten von Jugendlichen und jungen Heranwachsenden in der ARE und der sich daraus ergebenden Situation für die JGH ist folgendes festzustellen:

„Bis Anfang dieses Jahres 2016 (bis Februar) waren der ARE zuzurechnende Strafverfahren für uns praktisch noch kein Event. In aller Regel kam es zu keinen Hauptverhandlungen, weil die Beschuldigten bereits vorher entweder unbekannt abgetaucht oder bereits abgeschoben, respektive freiwillig ausgereist sind.

Seit März erst mehren sich Eingänge der StA gegen dortige Jugendliche mit Antrag auf Sachbehandlung im beschleunigten vereinfachten Jugendverfahren.

Doch greift hier die gleiche Entwicklung, dass mehr als die Hälfte der Betroffenen vor einer HV bereits davongezogen sind. Zu einer Verhandlung gegen hiesig noch aufenthältliche Jugendliche wird es nur in ein paar Fällen kommen – wobei man in der Strafvollstreckung selbst stecken zu bleiben droht, weil binnen dessen mit Abschiebungen zu rechnen ist.

Im Fall von Heranwachsenden greift die StA gerne zur Reaktionsform des Strafbefehls. Auch wenn einen auf diesem Wege Verurteilten die ausgeworfene Sanktion nicht mehr erreicht, findet sie ihren Niederschlag immerhin im Bundeszentralregister – was dem Verurteilten im Fall einer Wiedereinreise zum Nachteil gereichen kann. Analog gilt für Jugendliche der Niederschlag in der Erziehungskartei.

Durch Verfahrensbeschleunigungen ist die Justiz zwar sichtlich bemüht, Straftäter aus der ARE nicht ungeschoren davonkommen zu lassen, doch ist die Erfolgsquote, wie gesagt, eher gering. Gering in dem Sinne, dass ausgeworfene Sanktionen solange man des abgetauchten oder ausgereisten Betroffenen nicht erneut habhaft wird, keine Wirkung entfalten.

Natürlich sind durch die Schaffung der ARE Verfahrenseingänge (in punkto Diebstahl u.a.) angestiegen, doch resultiert daraus (aufgrund der o.g. Gegebenheiten) noch keine beklagenswerte Mehrbelastung im JGH-Aufkommen.

Es handelt sich jedoch nicht nur um *Eigentumsdelikte*, wengleich dies in der Tat der mit Abstand häufigste Übergriff ist. Zuweilen ist auch mal eine *Körperverletzung* (bspw. untereinander) dabei oder es

werden (sei es untereinander oder gegen Personal) *Beleidigungen* ausgestoßen (wenn vermeintlicher Grund für Verärgerung besteht). Verstöße wie *illegaler Aufenthalt* liegen bei einem Asylbewerber in der Natur der Sache, weshalb dieser Tatbestand in aller Regel nicht weiter verfolgt, sondern eingestellt wird.

Wie die Beispiele zeigen, lassen sich Straftaten von Asylbewerbern unschwer mit ihrer hiesigen Lebenssituation in Verbindung bringen.“

Auch die Kooperationsbereitschaft einzelner bayerischer Jugendämter muss als befremdlich bezeichnet werden und verursacht sinnlosen Arbeitsaufwand und Ärger, wenn es beispielsweise um die Rücknahme „unbequemer entwichener“ Jugendlicher geht oder darum, dass die selbstverständliche Teilnahme am Sprachkurs eines hier untergebrachten Jugendlichen vorab beim noch fallführenden Jugendamt hätte „beantragt werden“ werden sollen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich weder im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe wegen der Einhaltung der Fristen für die Fallkostenabrechnungen, noch im sozialpädagogischen Arbeitsfeld ein Rückgang der Arbeitsbelastung andeuten würde.

II. Beschlussvorschlag

Der Sitzungsvortrag hat zur Kenntnis gedient.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

| | | |
|----------|-----------|---|
| X | 1. | keine Kosten |
| | 2. | Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist |
| | 3. | Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht: |
| | 4. | Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten: |

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

Anlagen:

Zeitungsartikel zur Kinderehe
BVA-Meldung vom 31.05.2016

Verteiler:

| BVA Meldung vom 31.5.2016 | | | | | | | | | | | |
|--|----------------------------------|-----------------------------|---|-------------------------------|--------------------|---|-------------------------|---|----------------------|-------------------------------|-----------------|
| Bund: | | | | | | | | | | | |
| Bundesland | Aufnahmequote gem. §42c SGB VIII | uM (Altverfahren nach §89d) | junge Volljährige (ehem. uM-Altverfahren nach §89d) | UMA - Vorläufige Inobhutnahme | UMA - Inobhutnahme | UMA - Anschlussmaßnahmen (HzE und sonstige) | UMA - junge Volljährige | Summe aller jugendhilferechtlichen Zuständigkeiten (tagesaktuell) | Quotenüberschreitung | Soll-Zuständigkeit gem. Quote | Quotenerfüllung |
| Baden-Württemberg | 12,865 | 2167 | 850 | 548 | 1113 | 2389 | 278 | 7345 | -709 | 8054 | 91,2 |
| Bayern | 15,519 | 7159 | 3202 | 238 | 682 | 502 | 106 | 11899 | 2132 | 9716 | 121,9 |
| Berlin | 5,049 | 1663 | 357 | 61 | 1385 | 114 | 11 | 3591 | 430 | 3161 | 113,6 |
| Brandenburg | 3,061 | 347 | 49 | 31 | 611 | 369 | 55 | 1462 | -454 | 1916 | 76,3 |
| Bremen | 0,957 | 1498 | 485 | 16 | 36 | 141 | 0 | 2176 | 1577 | 599 | 363,2 |
| Hamburg | 2,53 | 1278 | 804 | 20 | 57 | 1 | 38 | 2198 | 614 | 1584 | 138,8 |
| Hessen | 7,359 | 3539 | 1515 | 216 | 376 | 678 | 0 | 6324 | 1717 | 4607 | 137,3 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 2,029 | 392 | 48 | 3 | 379 | 153 | 14 | 989 | -281 | 1270 | 77,9 |
| Niedersachsen | 9,321 | 1371 | 375 | 138 | 1829 | 1448 | 170 | 5331 | -505 | 5836 | 91,3 |
| Nordrhein-Westfalen | 21,21 | 4574 | 1101 | 329 | 3282 | 2427 | 256 | 11969 | -1310 | 13279 | 90,1 |
| Rheinland-Pfalz | 4,837 | 591 | 197 | 105 | 580 | 772 | 67 | 2312 | -716 | 3028 | 76,3 |
| Saarland | 1,222 | 251 | 42 | 12 | 56 | 7 | 1 | 369 | -396 | 765 | 48,2 |
| Sachsen | 5,084 | 472 | 45 | 21 | 1025 | 726 | 36 | 2325 | -858 | 3183 | 73 |
| Sachsen-Anhalt | 2,831 | 112 | 17 | 31 | 509 | 213 | 14 | 896 | -876 | 1772 | 50,6 |
| Schleswig-Holstein | 3,403 | 1115 | 235 | 74 | 357 | 274 | 39 | 2094 | -37 | 2131 | 98,3 |
| Thüringen | 2,725 | 407 | 29 | 14 | 372 | 525 | 33 | 1380 | -326 | 1706 | 80,9 |
| | 100 | 26895 | 9351 | 1857 | 12649 | 10739 | 1118 | 62609 | | | |
| Bayern: | | | | | | | | | | | |
| Jugendamt | landesinterne Belegungsquote | uM (Altverfahren nach §89d) | junge Volljährige (ehem. uM-Altverfahren nach §89d) | UMA - Vorläufige Inobhutnahme | UMA - Inobhutnahme | UMA - Anschlussmaßnahmen (HzE und sonstige) | UMA - junge Volljährige | Summe aller jugendhilferechtlichen Zuständigkeiten (tagesaktuell) | | | |
| Jugendamt LRA Rosenheim | 1,889 | 80 | 34 | 11 | 16 | 14 | 0 | 155 | | | |
| Jugendamt LRA Ebersberg | 0,993 | 0 | 0 | 2 | 3 | 50 | 56 | 111 | | | |
| Jugendamt StV Rosenheim | 0,527 | 151 | 72 | 19 | 12 | 5 | 0 | 259 | | | |
| Jugendamt KV München | 2,471 | 214 | 94 | 0 | 25 | 3 | 0 | 336 | | | |
| Jugendamt LRA Eichstätt | 0,955 | 79 | 50 | 1 | 3 | 1 | 0 | 134 | | | |
| Jugendamt LRA Neuburg-Schrobenhausen | 0,701 | 42 | 32 | 0 | 0 | 1 | 0 | 75 | | | |
| Jugendamt LRA Garmisch-Partenkirchen | 0,649 | 48 | 12 | 4 | 9 | 4 | 0 | 77 | | | |
| Jugendamt LRA Traunstein | 1,3 | 100 | 29 | 4 | 3 | 3 | 0 | 139 | | | |
| Jugendamt LRA Dachau | 1,078 | 22 | 17 | 0 | 0 | 3 | 1 | 43 | | | |
| Jugendamt LRA Weilheim | 0,994 | 68 | 22 | 1 | 0 | 30 | 2 | 123 | | | |
| Jugendamt LRA Pfaffenhofen | 0,901 | 33 | 35 | 10 | 0 | 9 | 0 | 87 | | | |
| Jugendamt LRA Miesbach | 0,724 | 63 | 16 | 0 | 0 | 3 | 0 | 82 | | | |
| Jugendamt LRA Berchtesgadener Land | 0,78 | 81 | 17 | 1 | 29 | 22 | 1 | 151 | | | |
| Jugendamt LRA Mühldorf a. Inn | 0,823 | 50 | 38 | 1 | 4 | 3 | 0 | 96 | | | |
| Jugendamt KV Fürstenfeldbruck | 1,564 | 87 | 55 | 2 | 0 | 0 | 0 | 144 | | | |
| Jugendamt LRA Starnberg | 0,987 | 45 | 14 | 2 | 0 | 3 | 0 | 64 | | | |
| Jugendamt LRA Freising | 1,265 | 98 | 38 | 1 | 6 | 0 | 0 | 143 | | | |
| Jugendamt LRA Bad Tölz | 0,922 | 39 | 5 | 0 | 7 | 2 | 0 | 53 | | | |
| Jugendamt LRA Erding | 0,976 | 52 | 35 | 0 | 2 | 12 | 0 | 101 | | | |
| Jugendamt LRA Altötting | 0,819 | 60 | 46 | 6 | 0 | 0 | 0 | 112 | | | |
| Jugendamt StV Ingolstadt | 1,117 | 93 | 57 | 0 | 7 | 3 | 1 | 161 | | | |
| Jugendamt STV München | 12,091 | 1397 | 1166 | 37 | 249 | 34 | 18 | 2901 | | | |
| Jugendamt Landsberg | 0,875 | 77 | 34 | 0 | 8 | 4 | 0 | 123 | | | |
| Jugendamt LRA Regen | 0,587 | 31 | 10 | 0 | 1 | 2 | 0 | 44 | | | |
| Jugendamt LRA Freyung-Grafenau | 0,599 | 87 | 2 | 2 | 0 | 0 | 0 | 91 | | | |
| Jugendamt LRA Kelheim | 0,868 | 52 | 29 | 2 | 0 | 0 | 0 | 83 | | | |
| Jugendamt LRA Rottal-Inn | 0,896 | 73 | 2 | 6 | 0 | 5 | 1 | 87 | | | |
| Jugendamt StV Landshut | 0,567 | 62 | 21 | 0 | 0 | 2 | 1 | 86 | | | |
| Jugendamt LK Dingolfing-Landau | 0,695 | 48 | 22 | 0 | 4 | 0 | 0 | 74 | | | |
| Jugendamt LRA Straubing-Bogen | 0,737 | 78 | 13 | 0 | 0 | 4 | 0 | 95 | | | |
| Jugendamt StV Passau | 0,429 | 32 | 36 | 46 | 1 | 1 | 0 | 116 | | | |
| Jugendamt LRA Passau | 1,415 | 163 | 31 | 14 | 8 | 14 | 0 | 230 | | | |
| Jugendamt STV Straubing | 0,394 | 68 | 15 | 0 | 0 | 5 | 0 | 88 | | | |
| Jugendamt LRA Deggendorf | 0,88 | 101 | 29 | 5 | 8 | 14 | 0 | 157 | | | |
| Jugendamt KV Landshut | 1,133 | 94 | 26 | 3 | 0 | 5 | 0 | 128 | | | |
| Jugendamt LRA Amberg-Weizbach | 0,797 | 71 | 11 | 0 | 1 | 0 | 0 | 83 | | | |
| Jugendamt STV Weiden | 0,369 | 71 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 72 | | | |
| Jugendamt KRV Cham | 0,965 | 74 | 10 | 0 | 0 | 3 | 0 | 87 | | | |
| Jugendamt LRA Schwandorf | 1,097 | 36 | 13 | 1 | 1 | 6 | 0 | 57 | | | |
| Jugendamt StV Amberg | 0,37 | 9 | 7 | 0 | 13 | 3 | 5 | 37 | | | |
| Jugendamt STV Regensburg | 1,206 | 131 | 57 | 4 | 6 | 12 | 3 | 213 | | | |
| Jugendamt LRA Neustadt | 0,739 | 68 | 33 | 3 | 5 | 1 | 0 | 110 | | | |
| Jugendamt LRA Regensburg | 1,409 | 57 | 5 | 0 | 3 | 0 | 0 | 65 | | | |
| Jugendamt LRA Tirschenreuth | 0,573 | 27 | 6 | 0 | 0 | 1 | 0 | 34 | | | |
| Jugendamt LRA Neumarkt i. d. OPf | 0,975 | 50 | 20 | 0 | 0 | 0 | 0 | 70 | | | |
| Jugendamt LRA Forchheim | 0,866 | 67 | 11 | 0 | 0 | 4 | 0 | 82 | | | |
| Jugendamt STV Bamberg | 0,623 | 37 | 37 | 1 | 5 | 10 | 0 | 90 | | | |
| Jugendamt LRA Kronach | 0,534 | 6 | 16 | 2 | 0 | 0 | 0 | 24 | | | |
| Jugendamt LKR Bayreuth | 0,807 | 52 | 17 | 0 | 0 | 1 | 1 | 71 | | | |
| Jugendamt Kreis Bamberg | 1,102 | 78 | 30 | 0 | 0 | 0 | 0 | 108 | | | |
| Jugendamt LRA Wunsiedel | 0,578 | 31 | 1 | 0 | 0 | 2 | 0 | 34 | | | |
| Jugendamt STV Coburg | 0,361 | 42 | 14 | 0 | 6 | 0 | 0 | 62 | | | |
| Jugendamt LRA Lichtenfels | 0,513 | 16 | 6 | 0 | 0 | 2 | 1 | 25 | | | |
| Jugendamt LK Kulmbach | 0,565 | 34 | 30 | 0 | 0 | 0 | 0 | 64 | | | |
| Jugendamt StV Hof | 0,395 | 47 | 4 | 0 | 0 | 3 | 0 | 54 | | | |
| Jugendamt LRA Hof | 0,757 | 50 | 15 | 1 | 1 | 1 | 0 | 68 | | | |
| Jugendamt LRA Coburg | 0,67 | 70 | 10 | 0 | 0 | 7 | 0 | 87 | | | |
| Jugendamt StV Bayreuth | 0,628 | 46 | 17 | 6 | 6 | 6 | 2 | 83 | | | |
| Jugendamt KRV Roth | 0,947 | 51 | 3 | 0 | 6 | 0 | 0 | 60 | | | |
| Jugendamt LRA Erlangen-Höchstadt | 1,006 | 58 | 25 | 0 | 1 | 4 | 0 | 88 | | | |
| Jugendamt StV Schwabach | 0,342 | 20 | 14 | 0 | 1 | 2 | 0 | 37 | | | |
| Jugendamt LRA Fürth | 0,871 | 40 | 36 | 8 | 19 | 10 | 2 | 115 | | | |
| Jugendamt STV Ansbach | 0,35 | 33 | 10 | 0 | 1 | 6 | 0 | 50 | | | |
| Jugendamt Neustadt a.d.Aisch | 0,75 | 55 | 5 | 0 | 1 | 0 | 0 | 61 | | | |
| Jugendamt STV Erlangen | 0,923 | 48 | 18 | 0 | 0 | 4 | 0 | 70 | | | |
| Jugendamt Nürnberger Land | 1,262 | 97 | 41 | 0 | 2 | 7 | 0 | 147 | | | |
| Jugendamt STV Fürth | 1,032 | 94 | 5 | 0 | 11 | 12 | 6 | 128 | | | |
| Jugendamt LRA Weißenburg | 0,709 | 28 | 6 | 0 | 0 | 0 | 0 | 34 | | | |
| Jugendamt LRA Ansbach | 1,371 | 70 | 26 | 0 | 3 | 1 | 0 | 100 | | | |
| Jugendamt StV Nürnberg | 4,336 | 188 | 107 | 3 | 55 | 13 | 4 | 370 | | | |
| Jugendamt STV Aschaffenburg | 1,329 | 40 | 7 | 0 | 4 | 9 | 0 | 60 | | | |
| Jugendamt StV Schweinfurt | 0,462 | 59 | 3 | 0 | 4 | 5 | 0 | 71 | | | |
| Jugendamt LRA Rhoen-Grabfeld | 0,621 | 37 | 10 | 0 | 0 | 1 | 0 | 48 | | | |
| Jugendamt STV Würzburg | 1,104 | 54 | 20 | 6 | 3 | 0 | 0 | 83 | | | |
| Jugendamt LRA Miltenberg | 0,988 | 53 | 20 | 0 | 1 | 3 | 0 | 77 | | | |
| Jugendamt LRA Schweinfurt | 0,871 | 32 | 4 | 2 | 0 | 0 | 0 | 38 | | | |
| Jugendamt LRA Main-Spessart | 0,981 | 50 | 4 | 0 | 25 | 0 | 0 | 79 | | | |
| Jugendamt LRA Aschaffenburg | 0,598 | 45 | 4 | 0 | 1 | 0 | 0 | 50 | | | |
| Jugendamt LRA Würzburg | 1,219 | 26 | 17 | 0 | 0 | 13 | 0 | 56 | | | |
| Jugendamt LRA Bad Kissingen | 0,799 | 35 | 7 | 0 | 3 | 0 | 0 | 45 | | | |
| Jugendamt LRA Haßberge | 0,651 | 25 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 28 | | | |
| Jugendamt LRA Kitzingen | 0,677 | 12 | 4 | 0 | 3 | 7 | 0 | 26 | | | |
| Jugendamt LRA Augsburg | 1,83 | 100 | 53 | 0 | 16 | 15 | 0 | 184 | | | |
| Jugendamt LK Unterallgäu | 1,043 | 74 | 19 | 0 | 13 | 4 | 0 | 110 | | | |
| Jugendamt LRA Günzburg | 0,924 | 41 | 10 | 0 | 0 | 0 | 0 | 51 | | | |
| Jugendamt StV Kempten | 0,569 | 34 | 27 | 0 | 2 | 0 | 0 | 63 | | | |
| Jugendamt LRA Lindau | 0,604 | 62 | 10 | 8 | 9 | 6 | 0 | 95 | | | |
| Jugendamt LRA Neu-Ulm | 1,265 | 102 | 0 | 0 | 0 | 6 | 0 | 108 | | | |
| Jugendamt LRA Aichach-Fried. | 0,975 | 33 | 9 | 0 | 2 | 10 | 0 | 54 | | | |
| Jugendamt STV Augsburg | 2,384 | 173 | 81 | 0 | 27 | 4 | 0 | 285 | | | |
| Jugendamt LRA Oberallgäu | 1,144 | 81 | 26 | 0 | 5 | 5 | 1 | 118 | | | |
| Jugendamt StV Kaufbeuren | 0,367 | 28 | 7 | 0 | 0 | 2 | 0 | 37 | | | |
| Jugendamt LRA Donau-Ries in Donauwörth | 0,985 | 44 | 17 | 0 | 5 | 2 | 0 | 68 | | | |
| Jugendamt LRA Dillingen an der Donau | 0,717 | 8 | 9 | 0 | 7 | 25 | 0 | 49 | | | |
| Jugendamt KRV Ostallgäu | 1,028 | 62 | 13 | 12 | 0 | 3 | 0 | 90 | | | |
| Jugendamt STV Memmingen | 0,365 | 29 | 8 | 0 | 0 | 0 | 0 | 37 | | | |
| | 99,9 | 7159 | 3212 | 238 | 682 | 502 | 106 | 11899 | | | |



Foto: Boris Roessler/dpa

Durch die Flüchtlingswelle landen immer mehr junge Mädchen bei uns, die bereits nach dem Scharia-Recht geheiratet haben, obwohl sie erst 14 oder 15 Jahre alt sind.

Richter erkennen Kinderehe an

JUSTIZ Das Oberlandesgericht in Bamberg musste jetzt einen Beschluss fassen und urteilte, dass ein 15-jähriges, syrisches Mädchen rechtskräftig mit ihrem Cousin (21) verheiratet ist. Nun will die Politik solche Eheschließungen annullieren.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
PETER GROSCURTH

Bamberg/Aschaffenburg – Die Flüchtlingswelle stellt die deutsche Justiz vor große Herausforderungen. Das gilt auch für Gerichte in Franken.

Denn mit dem großen Strom von Asylbewerbern kommen viele minderjährige Mädchen (meistens aus Syrien), die bereits verheiratet sind, mit ihren Partnern ins Land. Nun muss geklärt werden, wie mit diesen Paaren umgegangen wird und ob solche Ehen, die nach dem Scharia-Recht geschlossen wurden, auch in Deutschland gültig sind. Der Begriff Scharia bezeichnet das islamische Recht und umfasst alle Gesetze, die in einer islamischen Gesellschaft zu beachten sind.

Zwei fränkische Gerichte liegen bei einem Fall komplett auseinander. Darum geht es: Ein 15-jähriges Mädchen und ihr 21-jähriger Ehemann – beide sind zudem Cousine und Cousin – flohen aus Syrien und leben nun in Aschaffenburg. Das dor-

tige Jugendamt erkennt diese Ehe nicht an, hatte die Jugendliche von ihrem Mann getrennt und wurde ihr Vormund. Dagegen protestierte der Gatte. Es kam zur Verhandlung beim Familiengericht. Das Jugendamt berief sich dort darauf, dass das Mädchen nicht zur Führung eines selbstbestimmten Lebens in der Lage sei und die Tragweite einer Ehe nicht absehen könne. Deswegen dürften ihr Aufenthalt und der Kontakt mit ihrem Mann vom Jugendamt bestimmt werden.

Das Familiengericht entschied, dass die deutschen Regelungen für Minderjährige gelten und nicht der Schutz der Ehe, die nach dem Scharia-Recht geschlossen wurde.

Ganz anders urteilt das Oberlandesgericht (OLG) Bamberg in diesem Fall, nach dem Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Familiengerichts eingelegt worden waren. Das hob den Beschluss aus Aschaffenburg auf und bestätigte, dass die Kinderehe rechtskräftig sei. Ein Zivilregisterauszug und die

Bestätigung der Eheschließung seitens des Scharia-Gerichts hätten das belegt. Daher könne das Jugendamt nicht über die junge Frau bestimmen, entschieden die Bamberger Richter. Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung hat das OLG jedoch Beschwerde gegen dieses Urteils am Bundesgerichtshof (BGH) erlaubt.

Dann könnten die Richter dort darüber befinden, ob eine solche Kinderehe gegen die öffentliche Ordnung verstößt und für nichtig erklärt wird. Die Stadt Aschaffenburg kann noch bis 23. Juni entscheiden, ob sie eine solche Beschwerde einlegt.

Schwierige Abwägung

Warum aber erkennen Bamberger Richter eine Ehe an, die in Deutschland nicht legal ist? Gerichtssprecher Leander Brößler erklärt auf Anfrage dieser Zeitung: „Die Richter müssen in einer solchen Frage den sogenannten Ordre Public prüfen. Ob eine ausländische gesetzliche Regelung mit den wesentlichen Werten unserer öffentlichen Ord-

nung vereinbar ist. Wäre das nicht der Fall, dürfte das ausländische Recht im Inland nicht angewendet werden.“ Das Problem bei der juristischen Bewertung von Kinderehen: Auch nach deutschem Recht dürfen Minderjährige ab 16 Jahren in Ausnahmefällen heiraten.

Die Politik hat das Problem Kinderehe nun auch für sich entdeckt und will diese Frage lösen. Bayerns Justizminister Winfried Bausback (CSU) würde es begrüßen, wenn der Bundesgerichtshof eine Entscheidung trifft: „Der Minderjährigenschutz ist in unserer Rechtsordnung ein hohes Gut und Verfassungsauftrag.“ Bausback fügt an: „Für die Beurteilung der Ehemündigkeit einer Person – also der Frage, ab welchem Alter die Ehe geschlossen werden kann – soll künftig stets deutsches Recht gelten.“

Fakt ist: Die Justizminister der Länder erörtern jetzt, ob solchen Heiraten die Anerkennung versagt wird, wenn keine Ehemündigkeit nach deutschem Recht besteht. Als mögliche

Maßnahme kommt eine Anhebung des Heiratsalters im deutschen Recht auf 18 Jahre in Betracht. Bayern erhofft sich von dieser Gesetzesänderung, dass die bestehende rechtliche Grauzone für Hochzeiten im Alter von 14 oder 15 Jahren endgültig beseitigt wird.

Wie viele Fälle von Minderjährigehe es unter Flüchtlingen überhaupt gibt, ist übrigens nicht ganz klar. Für Bayern existieren keine amtlichen Zahlen. In Nordrhein-Westfalen soll es 188 Fälle geben. In Baden-Württemberg wurden 177 Kinderbräute gezählt.

Immer mehr Kinderbräute

Hilfsorganisationen wie Unicef oder Terre des Femmes warnen vor einer Gefahr für junge Mädchen. Vor dem Krieg in Syrien seien bei 13 Prozent aller Hochzeiten einer oder beide Ehepartner jünger als 18 Jahre gewesen. Nun seien es mehr als 51 Prozent. Weltweit wurden mehr als 700 Millionen Frauen nach UN-Angaben schon im Kindesalter verheiratet.

„FT“ 07.06.16

GESETZESINITIATIVE

So will der Justizminister die Sharia-Kinderehen stoppen

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
PETER GROSCURTH

Aschaffenburg/Bamberg - Der Fall um die Anerkennung der Ehe zweier Flüchtlinge aus Syrien schlägt nun auch in der Politik hohe Wellen. Das Oberlandesgericht Bamberg hatte jüngst entschieden, dass eine 15-jährige junge Frau zu Recht mit ihrem 21-jährigem Cousin verheiratet sei. Damit hatten die Richter einen Beschluss des Familiengerichts in Aschaffenburg aufgeboben, in dessen Bereich sich die beiden Asylbewerber derzeit aufhalten.

Dieses Urteil hat nun Bayerns Justizminister auf den Plan gebracht. Winfried Bauback (CSU) will nun zusammen mit seinem Amtskollegen Thomas Kutschaty (SPD) die Gesetze so ändern, dass derartige Hochzeitsriten nach dem islamischen Scharia-Recht nicht mehr in Deutschland gelten.

Eine Sprecherin des bayerischen Justizministeriums bestätigte gegenüber dieser Zeitung: „Wir sehen hier einen großen Handlungsbedarf. Nun werden

rechtstechnisch verschiedene mögliche Lösungen geprüft.“

UN-Resolution nicht umgesetzt

Eine Variante zur Verhinderung solcher Zwangsheiraten wäre eine Anhebung des Heiratsalters im deutschen Recht auf 18 Jahre. Das fordert übrigens seit langem auch eine Empfehlung der UN-Kinderrechtskonvention, die

aber bis heute nicht in Deutschland umgesetzt wurde. Dass das in Deutschland bis heute unterblieb, ist ein Ärgernis.

In Nordrhein-Westfalen sitzen ebenfalls Experten des Landes zusammen. Marcus Strunk, Sprecher im Düsseldorf-Justizministerium, meint: „Wir müssen sehen, ob derartige Heiraten von zumeist weiblichen Minderjährigen mit älteren Partnern zu unserer öffentlichen Ordnung passen und diese Verbindungen vielleicht auch die bei uns gültigen Persönlichkeitsrechte missachten.“

„Wir fordern klare Gesetze ohne Schlupflöcher und ein Verbot von Ehen, bei denen einer oder beide Beteiligten jünger als 18 Jahre sind“, sagt eine Sprecherin der Hilfsorganisation SOS-Kinderdörfer. Einzelfallentscheidungen hält die Organisation für schwierig, denn selbst wenn ein Mädchen angeboten würde, freiwillig geheiratet zu haben, sei das längst nicht bewiesen.

Die Mädchen würden sich der Familie gegenüber schuldig fühlen, oft sei es eine Frage der Ehre

oder die Eltern brauchen das Geld, das sie als Mitgift bekommen haben. Mädchen in Zwangsehen würden oft Opfer von häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch durch die in der Regel älteren Ehemänner. Laut Weltgesundheitsbehörde WHO ist die zweithäufigste Todesursache von Kinderbräuten die Geburt ihres Kindes, gefolgt von Suizid.

Folgen für Mädchen verheerend

In vielen arabischen Ländern ist es üblich, dass die Familie des Mannes ein Brautgeld zahlt. Arme Familien sichern durch den Verkauf ihrer Töchter dem Rest der Familie das Überleben – und den Söhnen wiederum das Brautgeld für ihre Frauen. Die Folgen für die Mädchen sind verheerend. Sie brechen die Schule ab, werden Opfer von häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch durch ältere Ehemänner.

Den Fall in Aschaffenburg bewertet SOS-Kinderdörfer zwar anders, „das scheint eine freiwillige Ehe zu sein“, doch könne man auf diesen Einzelfall keine

Rücksicht nehmen. „Die Justiz muss klare Vorgaben machen“, heißt es weiter.

Die Stadt Aschaffenburg lässt derzeit prüfen, ob sie Rechtsmittel gegen die Anerkennung der Kinderehe durch das Oberlandesgericht Bamberg einlegt und zwar vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Bis 23. Juni gehe diese Frist, betont eine Sprecherin des Rathauses.

Übrigens: Noch finden auch vor deutschen Standesämtern Eheschließungen Minderjähriger statt. Wenn das Familiengericht einer Ausnahme zustimmt, darf eine 16-jährige heiraten. 2013 wurden 114 Ehen mit einem minderjährigen Partner vor deutschen Standesämtern geschlossen. Ausnahmen würden immer einen Anreiz bieten, Gesetze zu umgehen, heißt bei der Hilfsorganisation Terre des Femmes, die deshalb schon mehr als 100 000 Unterschriften gesammelt hat. Das Mindestheiratsalter von 18 Jahren soll in Deutschland ohne Ausnahme gelten, lautet denn auch die zentrale Forderung von Terre des Femmes.



Bayerns Justizminister Winfried Bauback (CSU) Foto: Gebert, dpa